

Westfälische Nachrichten

Mi., 10.08.2016

Unter Beobachtung

Abgeordnete aus der Region auf der Plattform „Abgeordnetenwatch“



Symbolbild Foto: Wolfgang Kumm/dpa

Ahaus - Abgeordneten im Internet öffentlich Fragen stellen und darauf eine persönliche Antwort bekommen – auf einer Plattform im Netz, die sich „Abgeordnetenwatch“ nennt, ist das möglich. Die Vertreter der Internetseite haben das Antwortverhalten der Politiker jetzt noch einmal genauer unter die Lupe genommen: Da können sich die männlichen Abgeordneten aus der Region noch einiges von ihren Kolleginnen abgucken.

Von Jana Thiemann

Zum Start in die Sommerpause hat das Internetportal „abgeordnetenwatch.de“ Schulnoten für das Antwortverhalten der Politiker vergeben. Die Abgeordneten aus den Wahlkreisen der Region sind bei dieser Notenvergabe teils gut und teils schlecht davongekommen.

Die beiden Frauen aus der Runde von vier Abgeordneten, Ingrid Arndt-Brauer (SPD) aus Horstmar und Ursula Schulte (SPD) aus Vreden, wurden mit der Note „sehr gut“ für ihr Antwortverhalten belohnt. Auf der Internetseite schreibt Ingrid Arndt-Brauer demnach jedem ihrer Fragesteller eine persönliche und ausführliche Antwort, sei es zum Thema Fracking-Neuregelung oder zum Thema Finanzen. „Im Gegensatz zu anderen Medien wird hier nicht inkognito gefragt und Kommentare unter der Gürtellinie halten sich in Grenzen – daher nutze ich die Plattform gerne und ziehe sie Medien wie Facebook und Twitter vor“, sagt Arndt-Brauer auf Anfrage.

Bundestagsabgeordnete Ursula Schulte sagt dazu: „Wenn Bürger sich die Mühe machen, Fragen an mich zu formulieren, dann bin ich ihnen auch eine schnelle Antwort schuldig.“ Doch um wirklich Nähe zu ihnen aufzubauen, eigne sich die Plattform nicht, meint sie. „Da gilt für mich immer noch, dass das persönliche Gespräch durch nichts zu ersetzen ist.“

In die Noten sind alle Bürgerfragen seit Beginn der Legislaturperiode im Oktober 2013 bis einschließlich 13. Juni 2016 eingeflossen. Stichtag für die Antworten war der 27. Juni, heißt es in einer Pressemitteilung der Plattform.

Weniger gute Noten haben indes die Herren der Runde bekommen. Johannes Röring (CDU) aus Vreden wurde mit „ungenügend“ benotet. Wer dem Politiker auf „abgeordnetenwatch.de“ eine Frage stellt, bekommt demnach eine Standardantwort mit dem Hinweis, dass jeder per E-Mail, Telefax oder Post mit ihm in Kontakt treten kann. Die Kommunikation mittels der Plattform nennt Johannes Röring einen Umweg. „Ich habe diese Form von Internetvermittlung nicht bestellt“, erklärt Röring auf Anfrage. „Ich bin erreichbar für jeden und beantworte jede Frage gern. Auf der Internetseite sind viele Einträge sehr persönlich. Das gehört nicht in die Öffentlichkeit.“

Für den Bundestagsabgeordneten Jens Spahn (CDU) aus Ahaus ist die Debatte um „Abgeordnetenwatch“ durchaus von Bedeutung, wie ein Blick auf seine Homepage verrät. Unter „Aktuelles“ erklärt er dort, warum er Anfragen auf der Plattform nicht beantwortet. Auf Nachfrage sagt er, dass er über alle anderen Kanäle jederzeit zu erreichen sei. Er möchte sich ein Bild von demjenigen machen, mit dem er spricht, wie Spahn sagt. Zudem ärgere ihn noch eine andere Sache. Spahn berichtet, dass der Verein „Parlamentwatch“, der Träger des Portals „Abgeordnetenwatch“ ist, bis zu 200 Euro für eine Profilerweiterung von den Politikern fordere – ohne diese könnten die Abgeordneten nicht einmal ein Bild auf die Homepage laden. Spahn sagt: „Ich sehe nicht ein, für einen Service zu bezahlen, der weder für die Bürger noch für meine Arbeit als Abgeordneter einen Mehrwert hat“.

Neben der Möglichkeit, auf der Internetseite mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen, können Politiker dort auch den eigenen Terminkalender und Nebeneinkünfte offen legen. Nach Angaben der Plattform gehen viele Abgeordnete allerdings nicht transparent genug mit ihren Terminen und Treffen um. Würden sie dies tun, wäre es möglich, dass Bürger und Journalisten die Treffen kritisch hinterfragen können, heißt es in einer Pressemitteilung der Internetplattform. „Unsere Abgeordneten müssen endlich das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen, indem sie offenlegen, welche Interessenvertreter Wünsche an sie herantragen“, sagt Roman Ebener von „abgeordnetenwatch.de“.

Die Politiker aus der Region sind sich zumindest zu diesem Thema einig. Alle geben an, dass sie täglich mit vielen Menschen Gespräche führten, die alle mit einem gewissen Interesse an sie herantreten. Unter den Interessenvertretern befänden sich natürlich auch viele Privatpersonen, deren Anliegen nicht in die Öffentlichkeit gehören, meinen die vier Bundestagsabgeordneten aus der Region.